Foto: BSH

Der neue Vorstand des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (von links nach rechts): Johanna Knauer, Janek Dirr, Josef Hebeda, Emma Nentwig und Martin Simons

Mit Elan und neuem Vorstand ins 40. Jahr

Anfang November fand die 39. Bundesversammlung des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) statt. Neben einem Grußwort des Reservistenverbandes, einem sicherheitspolitischen Input, Austauschformaten zu Karrieremöglichkeiten im Bereich der Sicherheitspolitik, wurde der 39. Bundesvorstand entlassen und der neue Vorstand gewählt.

Rund 40 Mitglieder aus 14 Hochschulgruppen und dem erweiterten 39. Bundesvorstand des BSH kamen Anfang November in Berlin zusammen. Die Bundesversammlung startete mit einem Grußwort von Patrick Sensburg, Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr, welcher die kritische Auseinandersetzung mit Sicherheitspolitik als zentrale Aufgabe der Gesellschaft betonte und damit das jahrelange Engagement des BSH anerkannte. Im Anschluss gab Kai Müller-Berner aus dem Referat 201/NATO des Auswärtigen Amtes einen Abriss über die jüngsten Entwicklungen in der NATO und deren zentrale Bedrohungen. Zudem gab er einen Ausblick zur Zukunft der Sicherheitsarchitektur der NATO, woraufhin unter anderem ein reger Austausch mit den Studierenden zu strategischen Partnerschaften innerhalb der NATO stattfand. Darüber hinaus bot das Netzwerk Außen- und Sicherheitspolitische Bildung e.V. den teilnehmenden Studierenden die Möglichkeit im Rahmen eines Karriere-Rondells Einblicke in sicherheitspolitische Berufsfelder zu erlangen.

Der 39. Bundesvorstand blickt im Namen aller Hochschulgruppen auf ein erfolgreiches Jahr im Bereich der sicherheitspolitischen (Hochschul-)Bildung zurück. Es konnte eine Rekordzahl an Teilnehmern bei den diversen Veranstaltungen der Hochschulgruppen erreicht werden. Auf Bundesebene wurden neben den sicherheitspolitischen Grund- und Aufbauakademien zahlreiche Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt. Auch wurde ein neues Veranstaltungsformat unter dem Titel „Analyzing Patterns of Security Actors“ konzipiert, welches sich auf das Erlernen sicherheitspolitischer Methoden konzertiert. Ein zentraler Erfolg des 39. Bundesvorstandes stellt die Verabschiedung eines Gleichstellungskonzeptes dar. Dieses schafft einen Leitfaden, der sicherstellen soll, dass sich alle Mitglieder des BSH wertgeschätzt fühlen und stetig Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung umgesetzt werden. Der Bundesverband bedankt sich herzlich bei Peter Schumpp, Josef Hebeda, Emma Nentwig, Kian Schlüter und Simone Bieringer für ihr unermüdliches Engagement im Bundesvorstand und darüber hinaus!

Die Fachgruppe für außen- und sicherheitspolitische Themen (FAUST) wurde in diesem Jahr als „Hochschulgruppe des Jahres” ausgezeichnet. FAUST hat bereits in den vergangenen Jahren immer wieder qualitativ hochwertige Veranstaltungen in diversen Formaten organisiert und somit einen unerheblichen Beitrag zur sicherheitspolitischen Bildung geleistet. So unter anderem Workshops zu strategischer Vorausschau oder ein Ausflug zum Bundeskriminalamt nach Wiesbaden.

Nach der erfolgreichen Entlassung des 39. Bundesvorstandes wählte die Bundesversammlung einen neuen Vorstand, der den BSH im kommenden Jahr vertreten wird. Josef Hebeda übernimmt als Bundesvorsitzender die strategische Steuerung des Verbands sowie dessen Vertretung nach außen. Johanna Knauer betreut und organisiert die Grund- und Aufbauakademien des Verbandes. Janek Dirr ist nun der Ansprechpartner für die Hochschulgruppen, während Martin Simons das Ressort Seminare und Exkursionen leitet. Emma Nentwig ist verantwortlich für das Publikationsressort des Verbands. Der neue Bundesvorstand zeigt sich motiviert und voller Vorfreude für dieses bedeutsame 40. Geschäftsjahr des BSH!

Simone Bieringer

Foto: wikipedia.org/ GentiBehrami

Die Brücke in Mitrovica steht sinnbildlich für die ethnischen Spannungen zwischen Serben und Kosovaren

Gordischer Knoten Kosovo-Konflikt

Die Kosovo International Summer Academy, die im Juli 2024 in Pristina stattfand, bot 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 24 Ländern die Möglichkeit, den Friedensprozess im Kosovo zu analysieren und aktuelle Herausforderungen in der Region zu diskutieren. Zwei Mitglieder des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen berichten von Gesprächen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie internationaler Organisationen.

Der Kosovo geriet zu einem zentralen Schauplatz der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren. 1989 hob der jugoslawische Präsident Milošević die Autonomierechte des Kosovo auf, um den Weg für ein „Großserbien“ zu ebnen. Dies leitete eine systematische Repression gegen die ethnisch-albanische Mehrheitsbevölkerung ein.

Im Jahr 1998 eskalierten die Spannungen, als die UÇK (dt.: Befreiungsarmee des Kosovo) einen bewaffneten Aufstand gegen die serbische Regierung begann. Aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen der serbischen Sicherheitskräfte intervenierte die NATO im Jahr 1999. Dieser Einsatz markierte das Ende der Balkan-Kriege, woraufhin die UN mit der UNMIK-Mission die Verwaltung des Kosovo übernahm. Trotz internationaler Bemühungen zur Friedenskonsolidierung bleibt der Kosovo ein sensibler Brennpunkt. Die 2008 gestartete Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX, als größte zivile Mission der EU, unterstützt die kosovarischen Institutionen dabei, effizienter, multiethnischer und rechtsstaatlicher zu werden. Sie orientiert sich an europäischen Verfahren und fördert die Integration des Kosovo in die EU. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008 wird bis heute von fünf EU-Mitgliedstaaten sowie Serbien nicht anerkannt.

Ständiges militärisches Säbelrasseln, serbische Blockaden an den Grenzübergängen und das umstrittene Verbot des serbischen Dinars in den ethnisch-serbischen Grenzgebieten des Kosovo verdeutlichen das bis heute schwierige Verhältnis. Auch innerhalb des Kosovo ist die tiefe Spaltung zwischen den Ethnien allgegenwärtig. Ein Symbol dafür ist die Stadt Mitrovica, wo der Fluss Ibar den serbisch-sprachigen Norden vom albanisch-sprachigen Süden trennt. Seit 2011 ist die „Neue Brücke” für Fahrzeuge gesperrt, nachdem es dort wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Heute wird die Brücke von Soldatinnen und Soldaten der KFOR bewacht und ist lediglich für Fußgängerinnen und Fußgänger zugänglich. Die Spaltung manifestiert sich neben der sprachlichen Abgrenzung auch in konkurrierenden Narrativen über den Krieg und der kulturellen Glorifizierung der eigenen Ethnie.

Ein besonders sensibles Thema in der Aufarbeitung des Kosovo-Krieges ist die Anerkennung und Unterstützung von Kriegsopfern, insbesondere sexueller Gewalt. Aufgrund der stark ausgeprägten patriarchalen Strukturen war dies noch vor wenigen Jahren undenkbar. Das Rehabilitationszentrum für Folteropfer setzt sich für eine offene Diskussion ein und hat den 14. April zum Tag der Überlebenden sexueller Gewalt erklärt. Die neue Generation der Kosovo-Albanerinnen und Albaner ist stets bemüht, die schwierige Geschichte und das Leid der Menschen nach fast 30 Jahren aufzuarbeiten.

Heute befindet sich der Kosovo in einer besonderen Situation: Mit einem Durchschnittsalter von 31 Jahren hat er die jüngste Bevölkerung Europas, kämpft mit hoher Arbeitslosigkeit und ist aufgrund seiner schwachen Wirtschaft das ärmste Land Europas. Auf der anderen Seite zeichnet sich die junge Demokratie durch politisches Bewusstsein, gesellschaftliche Offenheit und gelebtes Europäertum aus. Die internationale Gemeinschaft muss weiterhin als verlässlicher Partner präsent sein, um die kosovarische Gesellschaft auf ihrem Weg zu einem integralen Teil Europas zu unterstützen. Bei der Annäherung der sechs Westbalkanstaaten an die EU ist der Kosovo ein Knotenpunkt, den es zu lösen gilt. So könnte der von Olaf Scholz im Oktober 2024 beim Westbalkan-Prozess beschworene „Geist von Berlin“ mit Leben erfüllt werden.

Selina Kümmeringer/Alexandra Clobes